

Dies geschah sicherlich nicht gänzlich in Übereinstimmung mit den grundlegenden Intentionen ihrer Urheber, aber durchaus auch nicht konträr zu ihnen.

Die Geschichte der V. Republik ist so auch eine Geschichte der Aussöhnung ehemals entschiedener Gegner mit der einst von ihnen bekämpften Verfassung. Der prominenteste von ihnen, François Mitterrand, der einst in einem so betitelten Buch die mit der Verfassung geschaffene Staatsform als „Regime des permanenten Staatsstreiches“<sup>43</sup> charakterisiert hatte, stellte sich inzwischen voll auf ihren Boden. Seine noch im Wahlprogramm von 1981 verfochtenen Vorschläge zur Minderung der autoritären Stellung der Exekutive und einer Stärkung der Rechte der Nationalversammlung fielen der Vergessenheit anheim. In seinem „Brief an alle Franzosen“ vom April 1988 hält er lediglich noch zwei Änderungen der Verfassung für erforderlich: eine Reduzierung der „Dauer des Präsidentschaftsmandats“ und eine Neugestaltung des Referendums, „um gesellschaftliche Probleme zu entscheiden“.<sup>43 44</sup>

*Forderung der FKP nach grundlegender Verfassungsrevision*

Die FKP ist die einzige Partei in Frankreich, die „gegen die undemokratische Verfassung von 1958“<sup>45</sup> stets konsequent Stellung bezogen hat. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 200. Jahrestag der Französischen Revolution von 1789 hat sie im Januar 1987 und auf ihrem 26. Parteitag im Dezember 1987 sehr detailliert dargelegt, welche Verfassungsbestimmungen revidiert werden müßten und welcher Verfassungsergänzungen es bedarf. Diese Vorschläge bestehen zum einen aus einer „Deklaration der Freiheiten“, die sie als Beitrag zur Erarbeitung einer neuen Verfassungspräambel versteht<sup>46</sup>, und zum anderen aus zahlreichen Garantien, mittels derer „die Gewalten wieder ins Gleichgewicht“ gebracht und der Einfluß der Bürger auf „die Entscheidungen, die sie betreffen“, erhöht werden soll.

Die FKP fordert u. a. im Sinne des zuletzt genannten Ziels die Rückkehr zur Vorrangstellung des Parlaments und zur parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung, die Beseitigung des Rechts des Premierministers, die Abstimmung über eine Vorlage mit der Vertrauensfrage zu verbinden (Art. 49 Abs. 3), die Wiederherstellung des Rechts der parlamentarischen Versammlungen, entsprechend ihrer eigenen Tagesordnung über ihre Gesetzentwürfe zu beraten, eigene Vorschläge für Gesetze (auch mit finanziellen Auswirkungen) zu unterbreiten und Rechtsverordnungen zu Gesetzen um ein Jahr hinauszuschieben. Die FKP schlägt vor, den Premierminister zukünftig (auf Vorschlag des Präsidenten) von der Nationalversammlung zu wählen und ihm den Vorsitz im Ministerrat zu übertragen. Die Notstands-Regelung (Art. 16) soll ebenso wie die Institution des Verfassungsrates (Art. 56 ff.) beseitigt werden. Die Kontrolle über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen soll einer parlamentarischen Verfassungskommission übertragen werden.

Nach den Vorstellungen der FKP soll die Amtszeit des Präsidenten — ohne die Möglichkeit der Wiederwahl — auf sieben Jahre begrenzt werden. Schließlich fordert sie, den Einfluß der Bürger auf die parlamentarischen Entscheidungen dadurch zu stärken, daß bei allen Wahlen das Verhältniswahlrecht eingeführt wird und die Verfassung die Möglichkeit einer kollektiven Gesetzespetition vorsieht. Zwei Prozent der eingeschriebenen Wähler (etwa 700 000) hätten danach das Recht, einen Gesetzentwurf einzubringen, der dann auch vom „Parlament behandelt werden muß.

So zeigt sich am Ende des 30. Jahres des Bestehens der V. Republik, daß der Kampf der Kommunisten Frankreichs für eine Demokratisierung des gesamten politischen Lebens, für die Verteidigung und den Ausbau der Rechte der Werktätigen auch eine grundlegende Revision der undemokratischen Verfassung von 1958 einschließt.

43 F. Mitterrand, *Le coup d'Etat permanent*, Paris 1964.  
 44 Vgl. *Le Monde* vom 8. April 1988.  
 45 Alle Zitate dieses Abschnitts sind der Entschließung des 26. Parteitages der FKP entnommen (a. a. O., S. 28 bis 30).  
 46 Vgl. dazu B. Weiß, „Frankreichs Kommunisten im Kampf für die Grundrechte der Werktätigen“, *NJ* 1987, Heft 7, S. 280 f.

## Wahlfinanzierung in den USA

*Prof. Dr. sc. KARL-HEINZ RÖDER,  
 Korrespondierendes Mitglied  
 der Akademie der Wissenschaften der DDR,  
 Stellv. Direktor des Instituts für Theorie des Staates  
 und des Rechts der Akademie*

„Wahlkämpfe in den Vereinigten Staaten sind zum Gegenstand riesiger Industrien geworden, die ganzjährig ihr politisches Produkt offerieren und gewaltige Summen umsetzen. ... Die Wahlkämpfer sind politische Unternehmer.“<sup>1</sup> Das ist eine Erscheinung, die im politischen Leben der USA besonders ausgeprägt hervortritt, aber auch mehr und mehr in anderen kapitalistischen Ländern um sich greift: die nahezu totale Vermarktung der Wahlen zu wichtigen politisch-staatlichen Körperschaften, jenes Vorganges, der von bürgerlichen Politikern und Ideologen gemeinhin als höchster Ausdruck ihrer Demokratie und ihrer Freiheit gepriesen wird.

*Kostenexplosion und totale Kommerzialisierung des Wahlkampfes*

In der Tat verschlingen gerade in den USA die Wahlkämpfe immer größere Geldsummen. So wurden 1984 nach offiziellen Angaben für die Wahlen auf Bundesebene, in den Einzelstaaten und im kommunalen Bereich 1,8 Milliarden Dollar ausgegeben<sup>2</sup>; der tatsächliche Betrag dürfte angesichts der zahlreichen verborgenen Kanäle, durch die den Bewerbern Finanzmittel zufließen, beträchtlich höher liegen. Bei den Senatswahlen 1984 mußte der republikanische Senator von North Carolina, Jesse Helms,<sup>3</sup> 16,5 Millionen Dollar aufwenden, um wiedergewählt zu werden. Sein unterlegener Konkurrent, der von der Demokratischen Partei aufgebotene damalige Gouverneur James Hunt, konnte hingegen „nur“ 9,5 Millionen Dollar ausgeben. Helms mußte einen besonders hohen Dollarbetrag für Fernseh-, Rundfunk- und Pressewerbung sowie für Wahlgeschenke aufbringen, da seine Kandidatur wegen der von ihm vertretenen extrem konservativen politischen Position auf heftige Widerstände stieß. Es wird, wie dieses Beispiel zeigt, selbst in traditionell konservativ orientierten Bundesstaaten der USA auch finanziell immer aufwendiger, dem Wähler eine rechtsgerichtete Politik zu verkaufen.

Die zunehmenden Schwierigkeiten beider großbürgerlicher Parteien der USA, der Republikanischen und der Demokratischen Partei, Wähler für ihre Politik zu mobilisieren — die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen der letzten Jahre betrug auf Grund der Unzufriedenheit vieler Wahlberechtigter mit dem etablierten Zweiparteiensystem nur knapp über 50 Prozent<sup>3</sup> —, ist der Hauptgrund für die in den 80er Jahren eingetretene Explosion der Wahlkampfausgaben.<sup>4</sup> Allein für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen werden Ausgaben in Höhe von 450 Millionen Dollar erwartet.<sup>5</sup>

Am 8. November 1988 werden aber nicht nur der Präsident der USA, sondern auch alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses für zwei Jahre und 33 der 100 Mitglieder des Senats für sechs Jahre sowie 12 der insgesamt 50 Gouverneure der Bundesstaaten gewählt. Wahlen finden auch für mehr als 6 000 der insgesamt 7 438 Abgeordneten der Parlamente in den Bundesstaaten sowie für Tausende von Mitgliedern der entsprechenden Körperschaften in den Städten und Gemeinden statt. Die bisherige Rekordsumme von 1,8 Milliarden Dollar, die bei den Wahlen vor vier Jahren ausgegeben wurde, wird daher 1988 mit Sicherheit übertroffen werden.

- 1 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Frankfurt a. M.) vom 16. März 1988, S. 7.
- 2 *Ebenda*.
- 3 Wahlbeteiligung 1976 = 53,5 Prozent; 1980 = 54 Prozent; 1984 = 53,3 Prozent. Angaben nach: *The World Almanac and Book of Facts 1988*, New York 1987, S. 319.
- 4 Die Wahlkampfausgaben betragen (in Millionen Dollar):

| Jahr | Präsidentschaftswahlen | Kongreßwahlen | Gouverneurswahlen |
|------|------------------------|---------------|-------------------|
| 1976 | 158,6                  | 125,5         | nicht zugänglich  |
| 1978 | —                      | 197,3         | 99,7              |
| 1980 | 309,0                  | 238,9         | 35,9              |
| 1982 | —                      | 343,9         | 192,3             |
| 1984 | 325,0                  | —             | —                 |

E. C. Ladd, *The American Polity*, New York/London 1985, S. 417;  
 E. C. Ladd/K. H. Keene, *The Ladd Report No. 6, Campaign '88*, New York/London 1987, S. 33.  
 5 Schätzung des USA-Wahlfinanzexperten H. Alexander, zitiert nach: E. C. Ladd/K. H. Keene, a. a. O., S. 33.